

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 137. Ratssitzung vom 21. Dezember 2016

2555. 2016/434

Postulat der GLP-Fraktion vom 07.12.2016:

Aufnahme von Anleihen ab 2017, Aufnahme von mindestens 100 Millionen Franken in Form von Grünen Obligationen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Shaibal Roy (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2502/2016): Der Stadtrat soll die Möglichkeit erhalten, einen sehr stark wachsenden Kapitalmarkt zu nutzen, auch um die im Rahmen der 2000-Watt-Gesellschaft gesetzten Ziele effizient zu erreichen – der diesbezügliche Mittelbedarf ist nicht nur auf globaler Ebene, sondern auch in der Stadt Zürich wachsend. Der Markt hat sich in den letzten Jahren vervielfacht, und institutionelle Investoren fokussieren immer mehr auf nachhaltige Anlagen. Der Stadt Zürich würde nicht zuletzt auch ermöglicht, vor allem beim Elektrizitätswerk (ewz) oder bei den Verkehrsbetrieben (VBZ), bereits jetzt entsprechende Finanzierungsformen zu fördern und zu fordern. Im Bereich des Schweizer Franken könnte die Stadt Zürich eine Vorreiterrolle einnehmen. Die hohe Kreditwürdigkeit und die grosse Nachfrage hätten sehr attraktive Konditionen für die Stadt Zürich zur Folge. Beispiele zeigen, dass die Konditionen sogar besser sein können als unter regulärer Ausgabe, aber eine solche Bedingung wollen wir nicht aufstellen. Es besteht übrigens unbestritten ein Bedarf, dass die Stadt Zürich wenigstens eine Refinanzierung der offenen Gelder, die 2017 zurückgezahlt werden, nutzen kann, nämlich im Umfang von über 400 Millionen Franken. Die untere Limite von 100 Millionen Franken kann problemlos erreicht werden, und wir würden uns freuen, wenn der Stadtrat den Betrag nach oben aktiv ausnutzen würde.*

***Dr. Christoph Luchsinger (FDP)** stellt namens der FDP-Fraktion einen Textänderungsantrag und begründet diesen: Green Bonds sind nicht schlecht, und wir beobachten diesen aufstrebenden Markt mit grossem Wohlwollen. Es ist ein guter Tipp, um allenfalls die Schuldzinsen zu senken. Die ganze Diskussion befindet sich nach Meinung der FDP aber auf der komplett falschen Ebene. Man muss der Tresorerie der Stadt Zürich nicht vorschreiben, wie sie das Geld anlegen bzw. aufnehmen soll. Und allenfalls liesse sich das in einem kurzen Gespräch mit den Verantwortlichen bilateral besprechen. Wenn man den Gemeinderat damit belastet, braucht es Korrekturen: 100 Millionen Franken, das geht vielleicht gar nicht, und freiwillig höhere Zinsen kommen in dieser Finanzlage nicht in Frage. Wir beantragen folgende Textänderung: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er bei der Aufnahme von Anleihen ab 2017 Mittel in Form von Grünen Obligationen aufnehmen kann. Dabei darf der Zins nicht höher sein als bei bisheriger Praxis. [...]». Das wäre eine sehr gute Möglichkeit, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen. Wir müssen die Interessen der Stadtzürcher Bevölkerung vertreten und nicht jene von grünen Investoren.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Der Idee darf eine gewisse Attraktivität nicht abgesprochen werden. Lange wurden Green Bonds vor allem durch supranationale Organisationen ausgegeben. Es folgten die Städte, die sonst eigentlich relativ hohe Zinsen zahlen, weil Green Bonds mit speziellen Investitionen verbunden sind. Da Green Bonds die Zinsen normalerweise eher absenken, ist der Textänderungsantrag in sich nicht ganz richtig. Die Stadt Zürich hatte noch nie Probleme, Geld aufzunehmen. Das Problem bei Green Bonds ist ein anderes, nämlich das Reporting und die Transparenz. Alle Aktionen und Tätigkeiten müssen nachgewiesen werden. Es wäre nicht klug, einer Stadt, die sowieso Geld aufnehmen kann, etwas aufzuzwingen, das sie am Schluss teurer zu stehen kommt als das Geld, das sie heute bereits aufnimmt. Mehr als im Sinn eines Postulats prüfungs- und anschliessend ablehnungswürdig ist das Anliegen nicht.

Raphaël Tschanz (FDP): Green Bonds sind ein sehr attraktives Produkt mit grosser Nachfrage und guten Basiswerten. Deshalb sind die Anleger auch bereit, eine Einbusse von 20 Basispunkten in Kauf zu nehmen. Wenn die Stadt Zürich einen Green Bond ausgeben würde, müsste sie 20 Basispunkte weniger zahlen als bei einem normalen Bond – das sollte eine zwingende Bedingung sein: Wenn die Anleger schon einen derart attraktiven Bond erhalten, mit dem sie ein Stück weit ihr ökologisches Bewusstsein beruhigen können, müssen sie bereit sein, dafür auch tiefer in die Tasche zu greifen.

Shaibal Roy (GLP): Die Reportingpflicht besteht, das Reporting ist aber relativ frei ausgestaltbar und kostet auch nicht so viel. Für Emerging Markets gibt es eine Möglichkeit, verbindliche Investitionen zu tätigen, und darauf gibt es grosso modo einen Abschlag von 20 Basispunkten im Fall einer direkten Aufnahme. Aber das ist für Anlehenaufnehmer, die nicht einmal oder nur knapp «Investment Grade»-Bonität haben. Die Stadt Zürich hingegen hat kein Bonitätsproblem und somit auch keine Pflicht, zu beweisen, wofür sie das Geld einsetzt, um bessere Konditionen zu erhalten. Dieser Zwang sollte ihr darum auch nicht auferlegt werden. Für heute städtische Betriebe können Türen geöffnet werden, und deshalb wäre es falsch, rein auf die aktuelle Verfügbarkeit auf dem Markt zu achten. Es soll die Möglichkeit bestehen, attraktive Finanzierungsformen für heute städtische Betriebe zu finden.

Severin Pflüger (FDP): Ist die GLP der Meinung, es sei egal, wenn man Green Bonds aufnimmt und mehr zahlt als heute, um allenfalls in ferner Zukunft dem ewz und den VBZ ermöglichen zu können, unabhängig von der Stadt Zürich selber Bonds zu emittieren? Falls ja, macht es definitiv keinen Sinn. Das grüne Label würde nur dann Sinn machen, wenn man für das Fremdkapital weniger Zinsen zahlen müsste. Solange das ewz und die VBZ nicht ausgegliedert sind, wird die Stadt Zürich immer die bessere Schuldnerin sein als diese beiden Betriebe.

Roger Liebi (SVP): Weil mit Green Bonds theoretisch in grüne Infrastruktur investiert wird, entsteht ein gutes Bild gegen aussen. Mit den einen oder anderen Green Bonds wurden im Rahmen der Wasserkraft aber auch Staudämme in Brasilien finanziert, und

3 / 3

genau deswegen ist das Reporting so wichtig. Wenn man als grün gelten will, muss man diesbezüglich relativ genaue Vorgaben einhalten, und das wird teuer. Natürlich wäre eine Entflechtung möglich, aber es würde keinen Sinn machen: Eine Stadt, die mit den bestehenden Konditionen einfach Geld aufnehmen kann, braucht kein Instrument, das mehr Aufwand kostet.

Dr. Mario Babini (parteilos): *Die Stadt Zürich hat den Auftrag, die 2000-Watt-Gesellschaft umzusetzen. Global geht es um die Verhinderung von Carbon-Emissionen. Von daher sind Green Bonds natürlich ein Beitrag an eine vernünftige Umweltpolitik. Die Textänderung verlangt, der Zins dürfe nicht höher sein – aber das ist ja gerade der Witz von Green Bonds, dass sie tiefer sind, daher sollte es besser heissen: «darf der Zins nicht wesentlich höher sein.»*

Shaibal Roy (GLP) *ist mit der Textänderung nicht einverstanden: Ja, es gibt Reporting Requirements, aber es ist nicht so, dass bei einer 100-Millionen-Stückelung 97 Projekte dokumentiert werden müssten, sondern es wäre ganz einfach.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat will in der Tat ein paar Einwände prüfen. Es ist so: Die Stadt Zürich hat es nicht nötig, zu Geld zu kommen, indem sie einzelne ihrer Institutionen mit einem grünen Label versieht. Der Reportingaufwand und die Auflagen müssen geprüft werden; was bedeutet eine plötzliche Divisionierung der Finanzierung für die Stadtrechnung, und was heisst das im Verhältnis zu einem allfälligen Zinsgewinn? Diesen Herbst konnten wir für 30 Jahre zu 0,4 Prozent Zins Geld aufnehmen – ich kann mir fast nicht vorstellen, dass es über Green Bonds ebenfalls so grosszyklisch und noch günstiger geht. Diese Fragen sind zu prüfen, anschliessend kann eine Bilanz gezogen werden. Es muss der Stadt Zürich wirklich Vorteile bringen, sonst machen wir es nicht. Übrigens hätten das ewz und die VBZ auch nach einer Auslagerung nicht bessere Konditionen als die Stadt Zürich, denn was zu einem grossen Teil von der öffentlichen Hand abhängig ist, kann nicht die bessere Kreditwürdigkeit haben als die öffentliche Hand selbst.*

Das Postulat wird mit 74 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat